



Nr. 38

21. November 2019

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

Gespräch mit dem Pflegebevollmächtigten der Bundesregierung
[Pflege: Arbeitsbedingungen müssen sich verbessern](#)

dbb bundesfrauenvertretung
[Part-time Wage Gap: Teilzeit nicht schlechter als Vollzeit bezahlen](#)

dbb bundesfrauenvertretung
[Gegen Hetze und Gewalt: Pressefreiheit schützen](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Bayern
[Finanzministerium und BBB erstellen gemeinsames Gewaltschutzkonzept](#)

Deutscher Philologenverband (DPhV)
[„Deutscher Lehrpreis“ in Berlin verliehen](#)

komba gewerkschaft
[Ganztagsbetreuung: Rechtsanspruch alleine löst keine Strukturprobleme](#)

Bundesverband der Lehrkräfte für Berufsbildung (BvLB)
[Digitalisierung: Pakt für Berufsschulen gefordert](#)

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)
[Mittlerer Zolldienst: Eingangsamt wird A7 zugewiesen](#)

[Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Gespräch mit dem Pflegebevollmächtigten der Bundesregierung **Pflege: Arbeitsbedingungen müssen sich verbessern**

Die von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn vorgesehenen Regeln für die Personalbesetzung in Pflegeheimen und Krankenhäusern waren Schwerpunkt eines Gesprächs zwischen dem Pflegebevollmächtigten der Bundesregierung Andreas Westerfellhaus und Volker Geyer, stellvertretender Bundesvorsitzender und Fachvorstand Tarifpolitik des dbb.

„Die Einführung eines einheitlichen Personalbemessungsinstruments ist eine Sache. Die andere ist das dafür erforderliche und entsprechend ausgebildete Personal zur Verfügung zu haben“, machte Geyer bei dem Treffen am 14. November 2019 in Berlin deutlich. Einigkeit bestand darin, dass ein Umdenken bei den Arbeitsbedingungen in den Krankenhäusern und den einzelnen Stationen erfolgen müsse, um dieses Ziel zu erreichen. Hierfür sei es unter anderem erforderlich, dass die jeweiligen Dienstpläne einen sinnvollen Qualifikationsmix vorsehen, der verhindert, dass beispielsweise dreijährig ausgebildete Fachkräfte mit Assistenz Tätigkeiten blockiert werden. Um dies zu gewährleisten, sei eine eindeutige Definition von Vorbehaltstätigkeiten erforderlich.

Anlass zur Besorgnis biete auch der vermehrte Einsatz von Leiharbeitskräften in der Pflege. Hier sieht der dbb vor allem die Gefahr, dass der Druck auf die tariflich Beschäftigten aufgrund der festen Arbeitszeiten weiter steigt. „Der ursprüngliche Gedanke, Leiharbeitende

nur in Fällen von Belastungsspitzen einzusetzen, ist mittlerweile leider in den Hintergrund getreten, so dass Leiharbeit heutzutage eher die Regel als die Ausnahme ist“, so Geyer.

Besondere Herausforderungen würden auf den Bereich der Altenpflege zukommen, wenn in zwei Jahren die ersten generalistisch ausgebildeten Pflegekräfte vor der Entscheidung stehen, ob sie in der Alten- oder der Krankenpflege arbeiten möchten. „Bereits jetzt ist das Verhältnis von Kranken- und Altenpflege sowohl hinsichtlich der Bezahlung als auch der Arbeitsbedingungen nicht mehr im Gleichgewicht. Deshalb sind wir als dbb gefordert, die Beschäftigten in der Altenpflege noch stärker in den Fokus zu rücken“, erklärte der dbb Tarifchef.

Erfreut zeigte sich Geyer darüber, dass der Pflegebevollmächtigte die dbb Forderung nach einer steuerfinanzierten Entgeltersatzleistung für pflegende Angehörige unterstützt, wie sie bereits bei der Kindererziehung praktiziert wird.

dbb bundesfrauenvertretung

Part-time Wage Gap: Teilzeit nicht schlechter als Vollzeit bezahlen

Für die grundsätzliche Aufwertung von Teilzeitarbeit hat sich die dbb bundesfrauenvertretung ausgesprochen. Neben dem Abbau struktureller Benachteiligungen von Teilzeitbeschäftigten fordert sie zudem den Ausbau der Kinderbetreuungsinfrastruktur.

„Die schlechte Infrastruktur bei der Ganztagsbetreuung in Kitas – und ganz besonders in Schulen – hindert noch immer viele Frauen daran, ihrem Wunsch nach längeren Wochenarbeitszeiten nachzugehen. Es ist ein Skandal, dass sie dafür zusätzlich mit niedrigeren Entgelten bestraft werden“, machte Helen Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, am 14. November 2019 deutlich.

Auch im öffentlichen Dienst sei dieses Phänomen zu beobachten. „Wer weniger Arbeitsstunden in der Dienststelle verbringt, erhält schlechtere Leistungsbeurteilungen. Damit sinkt die Chance, in eine gut dotierte Position

befördert zu werden. Über 80 Prozent der Teilzeitbeschäftigten im öffentlichen Dienst sind Frauen, viele von ihnen sind von dieser Problematik betroffen“, erläuterte Wildfeuer, die sich für eine diskriminierungsfreie Beförderungspraxis im öffentlichen Dienst einsetzt.

Darüber hinaus wirbt Wildfeuer für die Aufwertung der Teilzeit, um Männern und Frauen die partnerschaftliche Aufteilung der Sorgearbeit zu erleichtern. „Wir müssen uns von der Idee verabschieden, Frauen mit aller Macht ins männliche Ideal des Vollzeitwerbstätigen drängen zu wollen. Wir müssen vielmehr in vollzeitnahen Arbeitszeitkontingenten denken, die für Männer gleichermaßen attraktiv sind.

Das heißt auch, dass Führungsaufgaben auf diese Kategorien zugeschnitten werden müssen.“ Der digitale Wandel der Arbeitswelt birgt nach Auffassung Wildfeuers hierfür eine wichtige Chance: „Wenn mobiles und flexibles Arbeiten gleichstellungsorientiert umgesetzt wird, entsteht eine Win-win-Situation für Beschäftigte und Dienstgebende.“

Hintergrund: Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat die Entwicklung der Erwerbsbeteiligung von Frauen in Deutschland analysiert und stellt einen deutlichen Anstieg der Teilzeitquote unter erwerbstätigen

Frauen fest. Die Teilzeitquote lag danach 2017 bei Frauen in den alten Ländern bei gut 38 Prozent, in den neuen Ländern bei etwa 27 Prozent – jeweils über zehn Prozentpunkte mehr als Mitte der 1990er Jahre. Gleichzeitig nahm der Part-time Wage Gap zu: Frauen mit Teilzeitjob erhalten durchschnittlich einen um rund 17 Prozent geringeren Stundenlohn als Frauen mit Vollzeitjob. Die Brückenteilzeit wird als erster Schritt genannt, der Teilzeitfalle zu begegnen. Darüber hinaus wird in der DIW-Studie der Ausbau der Ganztagschulbetreuung, aber auch eine Reform des Ehegattensplittings als zielführend gewertet.

dbb bundesfrauenvertretung

Gegen Hetze und Gewalt: Pressefreiheit schützen

Die dbb bundesfrauenvertretung unterstützt einen bundesweiten Aufruf von Journalistinnen und Journalisten zum Schutz der Pressefreiheit.

„Wir können es nicht zulassen, dass Journalistinnen und Journalisten von rechtsradikalen Gruppierungen in ihrer Arbeit behindert und bedroht werden, dass sie tagtäglich mit Hass und Hetze konfrontiert werden und über gezielte Falschinformationen ihr Ruf beschädigt wird. Die Pressefreiheit ist ein hohes Gut, das es zu verteidigen gilt. Deshalb unterstützen wir den Aufruf der Medienschaffenden, Journalistinnen und Journalisten sowie von deren Berufsverbänden, die Pressefreiheit mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu verteidigen und zu schützen“, erklärte Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung und Mitglied im ZDF-Fernsehrat, am 15. November 2019.

450 Medienschaffende, 17 Redaktionen und 20 Verbände, darunter die dbb bundesfrauenvertretung und die VRFF-Mediengewerkschaft, hatten dazu aufgerufen, sich konsequent für den Schutz der Pressefreiheit einzusetzen. Anlass ist eine von Neonazi-Organisationen geplante Demonstration am 23. November 2019

in Hannover gegen drei freiberufliche Journalisten. „Als Journalist*innen und Medienschaffende verurteilen wir die Drohungen und Anschläge auf unsere Kollegen. Wir rufen dazu auf, sich an den Protesten gegen die Demonstration zu beteiligen und fordern Maßnahmen zum Schutz der Pressefreiheit“, heißt es im Aufruf.

Gefordert werden unter anderem vereinfachte Verfahren für Auskunftssperren beim Einwohnermeldeamt für Journalistinnen und Journalisten, die Neuregelung der Impressumspflicht, um Privatadressen von Medienschaffenden besser zu schützen, die Sensibilisierung von Staatsanwaltschaften und Gerichten für Angriffe auf Journalistinnen und Journalisten sowie die konsequente Anwendung aller rechtlichen Möglichkeiten. Der Aufruf richtet sich an den Presserat, alle demokratischen Verlegenden und Redaktionen sowie Landesmedienanstalten, sich mit den von Hass und Drohungen betroffenen Kolleginnen und Kollegen solidarisch zu zeigen und ihnen ihre Unterstützung anzubieten.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Bayern

Finanzministerium und BBB erstellen gemeinsames Gewaltschutzkonzept

Der Chef des Bayerischen Beamtenbundes (BBB) Rolf Habermann und Finanz- und Heimatminister Albert Füracker haben auf einer gemeinsamen Pressekonferenz am 18. November 2019 in München ihre Pläne für ein gemeinsames Konzept präsentiert, um Beschäftigte des öffentlichen Dienstes besser vor Gewalt zu schützen.

„Wir tolerieren keine Art von Gewalt gegen unsere Beschäftigten im öffentlichen Dienst“, betonte Füracker. Habermann sagte: „Kolleginnen und Kollegen setzen sich tagtäglich für die Allgemeinheit ein und tragen ganz wesentlich zum Funktionieren unseres Gemeinwesens bei; sie schützen, helfen, retten und pflegen. Dafür verdienen sie Dankbarkeit, Respekt und Wertschätzung – nicht Angriffe und Gewalt.“

Der Freistaat wird nun für 2020 ein ressortübergreifendes Monitoring durchführen, um ein vollständiges Bild von Ausmaß und Entwicklung der Gewaltvorfälle gegen öffentlich Bedienstete in Bayern darstellen zu können. Parallel wird gemeinsam mit dem BBB ein Gesamtkonzept entwickelt, das mit einem Bündel von Maßnahmen Verbesserungen für die Betroffenen und bessere Prävention bieten soll. So wird eine genaue Erläuterung von psychischer Gewalt als eigenständige Gewaltform erarbeitet werden. Ein umfassendes Schulungskonzept mit verschiedenen Modulen ist bereits in Planung. Dabei werden die schon vorhandenen Schulungen zum Thema psychische Gewalt mit einer ressortübergreifenden Online-

Schulung erweitert und ein umfassender Leitfaden für Vorgesetzte erarbeitet.

Neben der Vielzahl bereits vorhandener Maßnahmen im Bereich der Nachsorge ist zudem geplant, diese zusätzlich um zwei Punkte im Gebiet des Rechtsschutzes für von Gewalt im Dienst betroffene Beschäftigte des Freistaats zu erweitern. Künftig soll angeboten werden, dass das Landesamt für Finanzen Schmerzensgeldansprüche prozessual geltend macht, wenn dieses ohnehin gegen den Schädiger vorgeht. Daneben soll bei Schmerzensgeldansprüchen in Zivilverfahren nun jedem Bediensteten Rechtsschutz gewährt werden können. Damit werden die Betroffenen deutlich entlastet. Die zum Teil langwierige und aufwändige gerichtliche Geltendmachung wird ihnen abgenommen. „Bayern lässt alle Betroffenen nicht allein. Wir ziehen auch bei diesem sehr ernstesten Thema in enger Abstimmung mit den Verbänden an einem Strang“, so Füracker.

Deutscher Philologenverband (DPhV)

„Deutscher Lehrerpreis“ in Berlin verliehen

Insgesamt 22 Pädagoginnen, Pädagogen und Projekte aus zehn Bundesländern wurden am 18. November 2019 in Berlin beim „Deutschen Lehrerpreis“ des DPhV und der Vodafone Stiftung ausgezeichnet.

Die 16 Lehrerinnen und Lehrer (aus Baden-Württemberg, Berlin, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, dem Saarland, Sachsen-Anhalt und Thüringen) sowie sechs Pädagogen-Teams (aus Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und dem Saarland) wurden auf Initiative ihrer Schülerinnen und Schüler von der Wettbewerbsjury unter Leitung von Prof. Dr. David-S. Di Fuccia für besonderes pädagogisches Engagement geehrt.

Der Präsident der Kultusministerkonferenz und Hessische Kultusminister Alexander Lorz dankt allen für ihre ausgezeichnete Arbeit: „Lehrerinnen und Lehrer haben durch ihr eigenes Beispiel gebendes Verhalten einen enormen Einfluss auf die Persönlichkeitsentwicklung von Schülerinnen und Schülern. Die Preisträgerinnen und Preisträger sind mit ihrem Engagement beispielgebend und begeistern so vielleicht sogar auch ihre Schülerinnen und Schüler als Nachwuchs für diesen tollen Beruf.“

Die Vorsitzende der Geschäftsführung der Vodafone Stiftung, Inger Paus, erklärte: „Digitale Medien und Werkzeuge allein vermitteln noch keine Kompetenzen für eine digitale Welt. Die Preisträgerinnen und Preisträger des diesjährigen Lehrpreises zeigen, wie das Potenzial digitaler Methoden und Inhalte durch innovative didaktische Konzepte entfaltet werden kann.“

DPhV Chefin Susanne Lin-Klitzing lobte die Kreativität des Gewinner-Teams in der Kategorie „Lehrer: Unterricht innovativ“, das digitale Medien im Mathematik-Unterricht so einsetzt,

dass Synergien sowohl räumlich als auch inhaltlich von Lehrenden für Lehrende und Lernende gewonnen und genutzt werden können. „Das 'Lernbüro digital-kooperativ' ist ein kluges und äußerst gelungenes Konzept, das zu einer fachlichen und medienkompetenzorientierten Vertiefung der Lehr- und Lerninhalte führte. Aber vor allem konnten alle neu erarbeiteten Materialien für den Fachunterricht Mathematik auch schul-übergreifend den beteiligten Pädagogen zugänglich gemacht werden“, so Lin-Klitzing.

komba gewerkschaft

Ganztagsbetreuung: Rechtsanspruch alleine löst keine Strukturprobleme

Das Bundeskabinett hat ein Gesetz zum Ausbau der Ganztagsbetreuung im Grundschulalter auf den Weg gebracht. Die komba sieht die grundsätzliche Notwendigkeit für ein solches Angebot. Das Zeitfenster, den Rechtsanspruch bis 2025 umzusetzen, hält sie allerdings für zu knapp bemessen.

„Ein Rechtsanspruch schafft sicherlich hier und da Abhilfe, löst aber nicht die vorherrschenden qualitativen und strukturellen Probleme in der Ganztagsbetreuung“, sagte der komba Bundesvorsitzende Andreas Hemsing am 14. November 2019. Ein flächendeckendes qualitativ hochwertiges Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsangebot fehle bislang; jedes Bundesland verfüge über eigene Modelle.

Die komba warnte jedoch davor, im Zuge des geplanten Ausbaus vom Fachkräftegebot abzuweichen. „Um überhaupt eine Chance zu haben, Fachkräfte zu gewinnen, müssen die oftmals nicht auskömmlichen Beschäftigungsverhältnisse nach den geltenden Tarifverträgen des öffentlichen Dienstes vergütet werden“, forderte Hemsing.

Zudem seien die veranschlagten Finanzhilfen des Bundes für die Länder in Höhe von zwei Milliarden Euro nur eine Anschubfinanzierung, die Summe für eine flächendeckende und dauerhafte Umsetzung aber unzureichend. Die Kommunen würden in den Folgejahren die finanzielle Hauptlast tragen. Hemsing: „Eine dauerhafte Unterstützung von Bund und Ländern ist für die Umsetzung zwingend notwendig.“

Außerdem sei der Fachkräftemangel schon jetzt spürbar. Durch den Ausbau würden weitere Beschäftigte benötigt, eine Umsetzung des Anspruchs werde damit erschwert. Sandra van Heemskerck, stellvertretende Bundesvorsitzende der komba, erklärte dazu: „Die Kolleginnen und Kollegen sind die Leidtragenden. Die Belastungen durch noch größer werdende Gruppen, nicht genügend pädagogisches Fachpersonal und beengte Raumsituationen sind absehbar.“

Bundesverband der Lehrkräfte für Berufsbildung (BvLB) **Digitalisierung: Pakt für Berufsschulen gefordert**

Der BvLB hat einen Berufsschulpakt gefordert, um die Digitalisierung der beruflichen Bildung voranzutreiben.

Analog zum Digitalpakt, bei dem der Bund den Ländern zusätzliche Mittel zur Digitalisierung der Schulen bereitstellt, sollen so auch die Berufsschulen mehr Geld erhalten. „Wir haben in der Vergangenheit schon mehrfach die offenkundigen Probleme, an denen die Umsetzung der Digitalisierung an den Berufsschulen zu scheitern droht, benannt. Jetzt geht es darum, einen politischen Forderungskatalog zu schnüren, der klare Handlungsempfehlungen beinhaltet. Diese Handlungsempfehlungen werden der Politik in den nächsten Wochen übergeben“, sagten die beiden BvLB Bundesvorsitzenden Eugen Straubinger und Joachim Maiß bei einem BvLB-Kongress zum Thema am 14. und 15. November 2019 in Berlin.

Die technischen Standards – wenn auch noch nicht überall erfüllt – seien aus Sicht des BvLB

gesetzt: Gigabit für alle, leistungsstarkes WLAN in allen Klassenräumen, „bring your own device“ (BYOD) und Cloudtechnologie. Im bildungspolitischen Alltag herrsche hingegen Unklarheit: Wie sehen Konzepte für eine zukunftsorientierte digitale Bildung aus? Für welche Berufswelt müssen berufliche Schulen künftig ausbilden? Und wie soll die Lehrerbildung als Voraussetzung für eine gelingende Digitalisierung aussehen? Aufgrund dieser Fragen hat der BvLB für seinen Kongress das Thema „Jenseits des Kabels“ gewählt. Unter der Schirmherrschaft von Dorothee Bär, Staatsministerin im Bundeskanzleramt und Beauftragte der Bundesregierung für Digitalisierung, diskutierten namhafte Experten aus Bildung, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ) **Mittlerer Zolldienst: Eingangsamt wird A7 zugewiesen**

Der BDZ hat bei den zuständigen Abgeordneten des Deutschen Bundestages durchgesetzt, dass das Eingangsamt des mittleren nichttechnischen Zolldienstes der Besoldungsgruppe A 7 zugewiesen wird. Das teilte die Gewerkschaft am 18. November 2019 mit.

Die rechtliche Voraussetzung für diese attraktivitätssteigernde Maßnahme bilde der Regierungsentwurf des Besoldungsstrukturenmodernisierungsgesetzes (BesStMG). Er wurde bereits am 24. Oktober 2019 vom Deutschen Bundestag angenommen und bedarf noch der Zustimmung durch den Bundesrat. Parallel dazu konnte der BDZ in Verhandlungen mit dem Bundesministerium der Finanzen (BMF) jedoch bereits jetzt erreichen, dass alle Zollsekretärinnen und Zollsekretäre voraussichtlich zum 1. Januar 2020 in eine Planstelle der Besoldungsgruppe A7 eingewiesen werden.

Der BDZ Bundesvorsitzende Dieter Dewes bekräftigte in diesem Zusammenhang seine Erwartung, dass das Eingangsamt im gehobenen Zolldienst von Besoldungsgruppe A9g nach A10 gehoben wird. Der BDZ werde zur Umsetzung dieser Forderung die politischen Abstimmungsgespräche mit den zuständigen Bundestagsabgeordneten des Innen- und Finanzausschusses fortführen.

Namen und Nachrichten

Am 13. November 2019 haben sich der dbb Bundesvorsitzende **Ulrich Silberbach** und **Volker Geyer**, dbb Fachvorstand Tarifpolitik, mit dem neuen Präsidenten der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) Ulrich Mäde zu einem Gespräch getroffen. Mäde ist Oberbürgermeister der Hansestadt Lüneburg und seit März 2019 als VKA-Präsident im Amt. Er ist damit Verhandlungsführer der Kommunen in den Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst. Ein zentraler Punkt des Gesprächs war daher auch die Einkommensrunde 2020 mit Bund und Kommunen, für die bereits jetzt die ersten Vorbereitungen getroffen werden. Weitere Themen waren der Sozial- und Erziehungsdienst, die Auswirkungen der Digitalisierung auf den öffentlichen Dienst und eine mögliche Tarifierung der Wahlmöglichkeit „Freizeit statt Geld“.

Auf den Stillstand bei den Tarifverhandlungen mit dem WDR hat die **VRFF** am 15. und 16. November 2019 abermals mit einem Warnstreik reagiert. Eine zentrale Veranstaltung mit Beschäftigten von den Kölner Standorten und dem Landesstudio Düsseldorf fand am 15. November 2019 in Köln statt. Neben VRFF-Mit-

gliedern nahmen auch viele unorganisierte Kolleginnen und Kollegen sowie Mitglieder der Gewerkschaften DJV und ver.di teil.

Die Arbeitsbedingungen an Grundschulen sollen sich verbessern. Das hat der Verband Bildung und Erziehung (VBE) gefordert. „Die Einführung von A13 für alle, Aufstiegsmöglichkeiten und vor allem eine höhere gesellschaftliche Anerkennung für die Arbeit mit kleinen Kindern“, forderte VBE Chef **Udo Beckmann** am 18. November 2019. In der Regel gebe es an Grundschulen neben den Lehrkräften nur eine Schulleitung. So könne besonderes Engagement einzelner Lehrkräfte nicht entsprechend honoriert werden. Beckmann: „Ohne Aufstiegsämter wird aus der Laufbahn ein Laufstall. Was es also braucht, um das Arbeiten in der Grundschule für alle attraktiver zu gestalten, sind Aufstiegsmöglichkeiten neben der Schulleitung.“ Außerdem müsse sich die Wertschätzung der Arbeit auch an der Bezahlung zeigen. „Die Arbeit der Lehrkräfte aller Schularten und -formen ist aber gleichwertig – und muss deshalb auch gleich bezahlt werden. Die Einführung von A13 für alle ist daher auch eine gute Maßnahme, die Entscheidung für eine bestimmte Schulart oder -form nicht mehr vom Gehalt abhängig zu machen.“

Kommende Termine:

61. dbb Jahrestagung
„Ideenwerkstatt für den öffentlichen Dienst“
6./7. Januar 2019, Köln